

3 Gamprin bietet Asyl für Problembiber
Am Gampriner Badensee Grossabünt kann man nun Biber besuchen.

8 FBP-Präsident Thomas Banzer im Interview
Nähere Einblicke in den kürzlich unterzeichneten Koalitionsvertrag.

17 Premiere von Roland Vrabec
Vaduzer Gastspiel bei YB
Auf Munti und Co. wartet viel Arbeit



Volksblatt



Samstag, 1. April 2017
140. Jahrgang Nr. 75

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

Umweltschutz
Umweltputzete in den Gemeinden des Landes



Nahezu alle Gemeinden des Landes und auch Gemeinden in der Schweiz begehren heute die «Umweltputzete», um das Gemeindegebiet von achtlos weggeworfenem Müll zu reinigen.

Inland Beim vierten liechtensteinischen Bildungforum drehte sich alles um die Auswirkung des Handys auf den Schulalltag. **Seite 5**

Sport Die Schweizer Anthony Bonvin und Elena Stoffel gewannen die gut besetzten Nationalen Meisterschaften (Slalom) in Malbun. Marco Pfiffner sorgte mit Rang neun für das beste LSV-Resultat. Anna Banzer wurde 24., Fabian Bühler schied aus. **Seite 11**

Wetter Freundliche Mischung aus Sonne und Wolken. **Seite 29**



Inhalt

Inland 2-11 **Kultur** 25-27
Ausland 12 **Kino/Wetter** 29
Wirtschaft 13-16 **TV** 30+31
Sport 17-23 **Panorama** 32

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz



Keine Einigung: Regierung regelt Bedarfsplanung per Verordnung

Fristende Bis Ende März hatten Ärztekammer und Krankenkassenverband Zeit, sich in Sachen Bedarfsplanung zu einigen. Diese blieb aber aus, weshalb nun die Regierung wie gesetzlich vorgesehen einspringt und dies per Verordnung regelt.

VON DANIELA FRITZ

Die Ärztekammer und der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) konnten mit Ablauf der Frist am 31. März noch keine fertige Bedarfsplanung zur Genehmigung bei der Regierung einreichen, wie die beiden Organisationen auf «Volksblatt»-Anfrage mitteilten. Bei der Verspätung habe auch der OKP-Konflikt um den Jahreswechsel mitgespielt. Dadurch sei bis Mitte Januar nicht klar gewesen, wie die Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (KVV) aussehen wird, die einen direkten Einfluss auf die neue Bedarfsplanung habe. «Die beiden Verbände haben die Revision der Bedarfsplanung aber bestmöglich vorangetrieben. So konnte bereits Konsens in den meisten Grundsatz- und in vielen Detailfragen erreicht werden», heisst es weiter.

Einschreiten per Verordnung

Das zuständige Ministerium für Gesellschaft wurde darüber bereits informiert. Da die Frist per Ende März gesetzlich festgeschrieben ist, ist eine Verlängerung nicht möglich. Aus diesem Grund muss die Regierung die Bedarfsplanung nun per Verordnung erlassen. «Das Ministerium wird bei den Verbänden den konkreten Stand der Arbeiten in Erfahrung bringen und eine Vorlage vorbereiten», heisst es auf Anfrage. Da aber die Arbeiten gemäss den Verbänden bereits weit fortgeschritten seien, ist Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini zuversichtlich, dass die Regierung eine Bedarfsplanung erlässt, «welche bei beiden Verbänden Akzeptanz geniesst». In welchen Punkten sich Ärztekammer und LKV nicht einigen konnten,



Ärztekammer und LKV konnten sich über die Bedarfsplanung, welche die ärztliche Versorgung in der OKP sicherstellen soll, nicht einigen. Deshalb muss nun die Regierung per Verordnung aktiv werden. (Foto: Shutterstock)

gaben die Verbände allerdings nicht bekannt. Auch dem Ministerium liege dazu gemäss eigenen Aussagen noch nichts Konkretes vor.

Diskussion um Teilzeitpensen

Die Bedarfsplanung soll eine angemessene ärztliche Versorgung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sicherstellen, also eine ausreichende Zahl an Grundversorgern und verschiedenen Spezialisten. Allerdings sind gemäss Ministerium viele Mediziner nicht zu 100 Prozent in der Grundversorgung tätig. Diese besetzten dann nach bisheriger Rechtslage trotzdem eine ganze

Stelle. Die fehlenden Stellenprozente konnten folglich nicht nachbesetzt werden, solange der Stelleninhaber diese nicht durch Kündigung seines Vertrags freigibt. Mit dem neuen KVG werden seit Anfang 2017 auch Teilzeit- oder Alterszeitmodelle ermöglicht. Art und Umfang der Leistung sollen im OKP-Vertrag aufgenommen werden. Die Regelung der Teilzeitarbeit war ein Verhandlungspunkt bei der Bedarfsplanung. Eine Möglichkeit zur Umsetzung wäre die Vergabe von halben und ganzen Bedarfsstellen. Diese Systemänderung war von der Ärzteschaft im OKP-Streit kritisiert worden, da die Ärzteschaft eine Ein-

führung einer Maximalarbeitszeit befürchtete. Für LKV-Geschäftsführer Thomas Hasler ist diese Neuregelung jedoch ein klarer Vorteil, wie er am 11. März gegenüber dem «Volksblatt» ausführte: «Selbsttendend ist auch im Gesundheitswesen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein grosses Bedürfnis. Ebenfalls besteht der Wunsch nach Teilzeitarbeit im Alter immer öfter. Die freiwerdenden Bedarfsstellenprozente können mit jungen Ärzten besetzt werden.» Teilzeitstellen seien also notwendig, um die in der Bedarfsplanung bestehenden Kapazitäten den Versicherten auch effektiv zur Verfügung zu stellen.

Ab 2018 Rauchverbot bis zum 18. Lebensjahr in Österreich

KREMS Das Rauchverbot für Jugendliche soll in Österreich Mitte 2018 bis zum Alter von 18 Jahren ausgedehnt werden. Die Bundesländer tragen diesen Vorschlag von Familienministerin Sophie Karmasin mit, wie der Beschluss der Jugendlandesräte bei einer Konferenz in Krems ergab. Zudem einigten sich die Referenten darauf, an der Harmonisierung der Jugendschutzbestimmungen zu arbeiten. Zwei Tage lang wurden 17 Tagesordnungspunkte konstruktiv beraten, resümierte Niederösterreichs Landesrat Karl Wilfing am Freitag. Einer der Schwerpunkte galt dem Ansatz, Jugendarbeit mit Integrationsgedanken zu verknüpfen und Massnahmen zu erarbeiten. Die Anhebung des Schutzalters, ab wann man Zigaretten kaufen und rauchen darf, stiess auf harmonische Übereinstimmung, so Wilfing. Studien würden belegen, dass

ein höheres Einstiegsalter positive Auswirkungen auf die Gesundheit hat und die Raucherzahlen verringert. Österreich habe zwar schon sehr viele Verbote, dieses sei «absolut sinnvoll».

Eines der letzten Länder Europas

Österreich sei neben Belgien und Luxemburg das letzte Land in Europa, in dem Rauchen ab 16 erlaubt ist. «Wir sollten also den anderen Ländern folgen», sagte Karmasin. Österreich sei «Europameister» bei jugendlichen Rauchern. Die Ministerin bezeichnete den Beschluss der Länder, in ihren Landtagen entsprechende Beschlüsse zu fassen, als Meilenstein in der gesundheitspolitischen Jugendpolitik. Bis zum Inkrafttreten Mitte 2018 werde der Bund in Zusammenarbeit mit Netzwerken ein Massnahmenpaket für Prävention erarbeiten. (apa)

Unabhängigkeit

Schottland beantragt zweites Referendum

LONDON Schottland hat bei der britischen Regierung die Abhaltung eines erneuten Unabhängigkeitsreferendums beantragt. Das gab die schottische Regierung am Freitag bekannt. «Das schottische Volk muss das Recht haben, über seine eigene Zukunft zu entscheiden», betonte Schottlands Regierungschefin Nicola Sturgeon in einem Schreiben an die britische Premierministerin Theresa May. Das Parlament in Edinburgh hatte am Dienstag für ein zweites Referendum über eine Loslösung Schottlands vom Vereinigten Königreich gestimmt. Sturgeon will die Schotten im Herbst 2018 oder spätestens im Frühjahr 2019 erneut über die Loslösung von Grossbritannien abstimmen lassen. Damit das Ergebnis rechtsverbindlich ist, muss die Regierung in London dem Referendum zustimmen. (sda/afp)

Fussball

Der Ball rollt auch im Unterhaus wieder

SCHAAN Fussballfans kommen ab diesem Wochenende wieder voll auf ihre Rechnung. Nach der 1. Liga fällt auch in den unteren Ligen 2 bis 5 und bei den Frauen der Startschuss in die Hinrunde. **Seite 18**

ANZEIGE

Krätler
MODE. BEWUSST. SEIN.
MEHR ALS 100 LABELS AUF ÜBER 800 M²
MODE BIS GRÖSSE 52
KRÄUTLER MODE. BEWUSST. SEIN.
RINGSTRASSE 16 | 6840 GÖTZIS | AUSTRIA
WWW.KRAEUTLER.COM

ANZEIGE

SUBWAY
All you can eat
CHF 18,90
So viele Subs wie du magst, ein Getränk und ein Cookie
Montag und Freitag ab 14 Uhr